

# Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

Herausgegeben vom Verband der Deutschen Buchdrucker

Bezugspreis 1 RM. monatlich, nur Postbezug · Das Einzel Exemplar 15 Pf. ohne Porto · Erscheinungstage Mittwoch und Sonnabend · Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin SW 61, Dreibundstr. 5

67. Jahrgang

Berlin, den 9. November 1929

Nummer 90

## Arbeitslosigkeit und Arbeitszeit

(Schluß.)

In voriger Nummer haben wir den Umfang der Aufgabe, das ernste Problem der Arbeitslosigkeit durch möglichst restlose Einschaltung der Arbeitslosen in den Produktionsprozeß bei entsprechender Verfürgung der täglichen Arbeitszeit, Einführung von Doppelschichten, Beseitigung der Überstunden und Ausmerzung unrentabler, veralteter Produktionsmittel und -methoden deutlich umrissen. Auch die Lohnfrage wurde nicht außer acht gelassen. Wir haben nachgewiesen, daß es nicht an Möglichkeiten fehlt, das kritische Arbeitslosenproblem so zu lösen, daß die bis jetzt dafür erforderlichen ungeheuren materiellen und seelischen Opfer beinahe restlos in Wegfall kommen und der Höherführung der Wirtschaft nutzbar gemacht werden könnten. Zur Durchführung dieser Vorschläge gehört aber leider viel mehr guter Wille auf Unternehmerseite als er gerade auf diesem Gebiete im allgemeinen vorhanden ist. Es handelt sich dabei nicht nur um wirtschaftliche Rationalisierung im besten Sinne dieses Begriffes, sondern auch um Moral und soziales Verständnis, wie überhaupt um die gegenseitige Verbindung von Kultur und Wirtschaft. Aber leider ist es so, daß die privatkapitalistische Profitwirtschaft für Moral und soziales Verständnis kaum etwas übrig hat. Von tieferblickenden Männern auf Unternehmerseite wird dieser Mangel der privatkapitalistischen Wirtschaftsform zwar erkannt und bedauert; wie wir dies auch von zwei Rednern auf der diesjährigen Tagung des Deutschen Buchdrucker-Vereins in Mainz berichten konnten. Wir stellen also keine unberechtigte Behauptung auf, wenn wir sagen, daß mangels der erforderlichen höheren Moral in privatkapitalistischen Dingen auf Unternehmerseite fast durchweg der ernste und feste Wille fehlt, der Not der Arbeitslosigkeit eine größere Bedeutung beizulegen und für deren Beseitigung alle Hebel einzusetzen. Wohl hört man ab und zu von Unternehmerseite mangelnde Bedauern über den Umfang der Arbeitslosigkeit; aber leider wird dieses Bedauern wieder dadurch abgegewälgt, daß den Arbeitslosen von Unternehmerseite zugunsten wird, zu rückständigen Lohnbrüchern gegenüber ihren arbeitenden Kollegen zu werden. Im Buchdruckgewerbe suchen sich z. B. die Unternehmer gegen unfaulere Preisdrückerei eines Teiles ihrer Kollegen durch sogenannte „kollegiale Abkommen“ zu schützen, den Arbeitslosen werden aber von der gleichen Seite ähnliche unfaulere und unkollegiale Handlungen zugemutet. Es handelt sich also hier um eine Moral mit doppeltem Boden. Was die Unternehmer unter und gegeneinander durch besondere Vereinbarungen als unkollegiale Handlung charakterisieren, das bezeichnen sie für die Arbeitslosen als Recht und Pflicht. Gerade der neuzeitliche „Wirtschaftsgeist“ in Unternehmerkreisen, der seinen Halt in mehr juristischen als sozialfortschrittlichen Verankerungen sucht, beurteilt die Existenz von Arbeitslosen im allgemeinen nur als eine Nachfrage für Angebot und Nachfrage nach menschlicher Arbeitskraft, einer Ware mit nach ihrer Ansicht sehr „überflüssigen“ sozialen Belastungen. Die gleiche Moral und Gesinnung des privatkapitalistischen Wirtschaftsgeistes sieht in jedem Rückgang der Arbeitslosigkeit eine Gefährdung des „freien Spiels der Kräfte“ und der Unternehmerinitiative. Daher das unternehmerseitige Streben nach möglichst unbeschränkter Lehrlingsausbildung, Sehnsucht nach ungehemmten Entlassungsmöglichkeiten (am liebsten bei nur stundenweiser Beschäftigung je nach Bedarf), restlose Ausmerzung verbrauchter und alter Arbeiter, Sozialversicherung und Arbeitsschutz nur dem staat-

lichen Zwange folgend, möglichst lange Arbeitszeit (am liebsten 24 Stunden täglich), Überstundenverpflichtung nur nach Unternehmerdiktat und Entlohnung nur bis zur Grenze eines Existenzminimums, das höchstens die nackte Erhaltung der Arbeitskraft sichert, sind „naturgemäße“ Attribute des heutigen privatkapitalistischen Wirtschaftsgeistes, mit dem die Arbeiterklasse noch so lange ernstlich zu rechnen haben wird, als sie nicht in der Lage ist, dem Unternehmertum noch deutlicher als bisher begehrig zu machen, daß die menschliche Arbeitskraft und -leistung materiell wie ideell eine höhere Beurteilung und Bewertung erfordert als die rein stofflichen und mechanischen Produktionsmittel.

Aus allen diesen Gründen möchten wir keinen Zweifel darüber lassen, daß wir auf Unternehmenseite heute noch viel zu große Widerstände und Schwierigkeiten erkennen, um eine möglichst rasche und gründliche Lösung des Arbeitslosenproblems in dem gedachten Sinne erwarten zu können. Was uns trotzdem von der Unternehmenseite her als der Sache förderlich erscheint, ist einmal die schon öffentlich zugestandene Erkenntnis, daß eine Besserung der wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse ohne eine höhere Moral als bisher auch in Unternehmerkreisen nicht möglich sein wird, und daß eine harte Notwendigkeit dafür vorhanden wäre. Es ärgert also das geistige Gebälk der „Wirtschaft“ unter dem Druck ihrer Verantwortung auf sozialem Gebiet und der wachsenden Spannung der sozialen Gegensätze. Auch zeigt sich hierin eine gewisse Auflockerung privatkapitalistischer Herrschaft, die in der stetig wachsenden Widerstandskraft der organisierten Arbeiterklasse ihre Ursache hat. Daneben stellen und häufen sich die von rein wirtschaftlicher Seite her kommenden Erschwerungen der privaten Erwerbswirtschaft aus den Fortschritten der Technik, der Konkurrenz, der Diskrepanz zwischen Löhnen und Preisen, Konzentrationsbestrebungen in Handel und Industrie mit immer größer werdenden weltwirtschaftlichen Verflechtungen und Abhängigkeiten usw. Obwohl man unter weitgehender Fassung unserer gewerkschaftlichen Aufgaben sagen könnte, auch in diesen rein wirtschaftlichen Zusammenhängen sollen und müssen die Gewerkschaften ein ausschlaggebendes Mitbestimmungs- und Entscheidungsrecht als Beauftragte der in der Wirtschaft tätigen Arbeiterklasse geltend machen, glauben wir dennoch, daß hierfür im Rahmen des privatkapitalistischen Teiles der Wirtschaft die Zeit noch nicht gekommen ist. So wohl die rein wirtschaftlichen (finanzielle wie technische) wie die persönlichen Gegensätze unter den Unternehmern auch im Buchdruckgewerbe sind gegenwärtig noch viel zu groß und viel zu verschiedenartig, um mit Aussicht auf Erfolg für die Arbeiterklasse durch eine noch engere Zusammenarbeit zwischen den beiderseitigen Organisationen eine Mitverantwortlichkeit auch für die Arbeiterklasse übernehmen zu können. Das wird erst möglich sein, wenn die weitere naturgemäße Entwicklung der privatkapitalistischen Produktion zu einer noch stärkeren Lockerung oder Auflösung subjektiver Eigentumsrechte oder -begriffe geführt hat. In dem Maße nach vermehrter Kapitalbildung teils durch höhere Betriebserträge oder Mehrleistung der Arbeiterklasse, teils durch Sparskapital mit niedrigen Zinsen spiegelt sich heute schon das Unvermögen eines großen Teiles des privaten Unternehmertums, seine bisherige subjektiv selbständigere Position auf die Dauer aus eigener Kraft zu halten. Es ist anzunehmen, daß die weitere Entwicklung auch im Buchdruckgewerbe zu einer engeren Konzentration von Betrieben führt, wobei eine zeitgemäßere Verwertung der rentabelsten Produktionsmittel die wichtigste Triebfeder sein wird. Auch die

„Zeitschrift“ hat in ihrer Nr. 87 vom 29. Oktober die Notwendigkeit und Zweckmäßigkeit von betrieblichen Zusammenschlüssen im Buchdruckgewerbe zu sogenannten Betriebsgemeinschaften als Mittel zur Beseitigung eines dauernden Vakuum zwischen Produktionskapazität und Absatzmöglichkeit bezeichnet. Dazu sollen Fusionen, d. h. teilweise oder ganze Aufnahme einer Druckerei unter Aufgabe ihrer bisherigen Selbständigkeit in eine andre Druckerei, unter Abstoßung oder Stilllegung unrentabler Betriebszweige, dienen. Wir sind der Ansicht, daß solche Betriebszusammenlegungen bei gleichzeitiger Einführung von Doppelschichten mit entsprechender Arbeitszeitverfürgung unter Einbeziehung des Personals des eingegliederten Betriebs nicht nur ohne Verringerung der Zahl der vorher Beschäftigten, sondern zum Vorteil für eine bessere Verwertung der zusammengelegten und nur auf die besten reduzierten Produktionsmittel noch durch Eingliederung einer gewissen Anzahl bisheriger Arbeitsloser wesentlich günstiger abzuwickeln werden, als wenn sich deren Inhaber nur auf äußere Formen einer Fusion beschränken. Man würde hierbei bei der Ausschaltung veralteter Produktionsmittel viel weiter und mit größerem Nutzen gehen können, als wenn der Produktionsapparat nur in einfacher Arbeitsschicht zur Verwertung käme. Auch die Überstundenzahlung würde dabei zum Vorteil für die Rentabilität des Betriebs und zugunsten der Arbeitslosen kaum noch in Erscheinung treten. Jedenfalls gehört es zu einer sozialen Betriebsmoral, daß man die Inanspruchnahme menschlicher Arbeitskräfte nach höheren Gesichtspunkten bewertet als die Ausnutzung von mechanischen Produktionsmitteln. Denn gerade die Vernachlässigung solcher Gesichtspunkte in der privatkapitalistischen Wirtschaftsform hat zu deren Unterhöhlung das meiste beigetragen. Der gleiche Mangel wird sie in Zukunft noch schneller und tiefer zusehen, wenn die einseitige Rationalisierung der Wirtschaft statt zu einer Verbesserung zu einer Verschlechterung der Lohn- und Arbeitsbedingungen für die Arbeiterklasse führen soll. Wenn wir trotzdem einer breiteren sachtechnischen Konzentration im Buchdruckgewerbe zuneigen, so deshalb, weil wir darin ein wirksames Mittel zur Herbeiführung besserer Ertragsverhältnisse und vor allen Dingen eine wesentliche Einschränkung unproduktiver Konkurrenzkosten erkennen. Mag auch die „Zeitschrift“ bei Erörterung dieses Problems gewisse Bedenken wegen einer Gefährdung persönlicher Selbständigkeit einzelner Unternehmer von heute haben, so sind wir doch der Meinung, daß, wo persönliches Selbständigkeitsgefühl es nicht verhindern konnte, daß die Entwicklung der geschäftlichen Lage eine Fusion oder den Eintritt in eine Betriebsgemeinschaft als vorteilhafter erscheinen läßt, das letztere immer noch einer doch unvermeidlichen weiteren Abbröckelung persönlicher Selbständigkeit vorzuziehen ist. Wirkliche und nicht nur eingebildete Persönlichkeiten werden auch in einer größeren Betriebsgemeinschaft ihre besondere Führerqualität beweisen können. Auch sonst neigen wir in dieser Frage weniger pessimistischen Anschauungen zu, sind vielmehr der Ansicht, daß eine gesunde Rationalisierung der Betriebe, bei der Hauptwert auf eine vernünftige und sachgemäße Auswertung bester Produktionsmittel gelegt wird, sehr zeitgemäße Hilfsmittel für eine wirtschaftliche Gesundung des Gewerbes bietet. Dadurch würden die Selbstkosten trotz guter Entlohnung und Verkürzung der Arbeitszeit wesentlich niedriger werden als heute und mit Hilfe einer dementsprechenden Preisgestaltung jede Schmutzkonkurrenz so erschwert werden, daß sie in absehbarer Zeit der Vergangenheit angehört wird. Doch das soll zunächst den Unternehmern allein

überlassen bleiben. Wir empfehlen ihnen zunächst nur die Organisation umfangreicher Betriebsgemeinschaften, denen die Arbeiterschaft im Rahmen ihrer straffen Berufsgemeinschaft in der Weise zur Verfügung stehen wird, wie es die jeweiligen Lohn- und Arbeitsbedingungen am besten gestatten. Noch ist leider die Zeit für eine restlose Einreichung der Arbeitslosen in den Produktionsprozess nicht gekommen. Die heutige Betriebsorganisation ist dazu noch nicht reif. Erst müssen wahrscheinlich noch Milliarden für Arbeitslosenunterstützung bei gleichzeitigem Verlust von noch viel mehr Milliarden Arbeitsstunden von unserer blutarmen Wirtschaft geopfert werden, bis das privatkapitalistische Unternehmertum einseht, daß es höchste Zeit ist, eine so wahnstunige Vergeudung von wirtschaftlichen Werten im eigenen Interesse abzustoppen, wenn sie sich nicht am Ende vom Liebe infolge der aus solcher Miswirtschaft resultierenden Zuspitzung der sozialen Gegensätze der Gefahr aussetzen wollen, jeden Einfluß zu verlieren. Die Arbeiterschaft dagegen hat die Aufgabe, ihre ganzen Kräfte darauf zu konzentrieren, die Zahlen der Arbeitslosen mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln zu verringern. Soweit dies auf tariflichen Wege für unser Gewerbe in Frage kommt, bietet dazu Ziffer 1 des § 8 unseres Tarifs eine sehr gute Handhabe. In Anbetracht der ungeheuren Arbeitslosigkeit sind wir der Meinung, daß sich unvermeidliche Überstunden nur noch bei unvorhergesehenen Fällen durch zufällige Betriebsstörungen ergeben können, und daß alle andern Überstunden durch die in § 8 vorgesehenen Verhütungsmaßnahmen zu vermeiden sind. Aus letzter Zeit sind uns eine Reihe von Fällen bekannt geworden, wo bei fester Haltung von Betriebsvertretungen und der hinter ihnen stehenden Personals angeblich unvermeidliche Überstunden durch sofortige Einführung von Doppelschichten mit Einstellung von Arbeitslosen nicht nur überflüssig geworden sind, sondern sich die in Frage kommenden Vorbeugungsmaßnahmen für die betreffenden Betriebe sogar als viel vorteilhafter erwiesen haben als Überstunden. Die teilweise vorhandene Ansicht in Brinzipalskreisen oder bei deren Organisationsvertretungen, daß eine schärfere Geltendmachung der tariflich vorgesehenen Vorbeugungsmaßnahmen nicht berechtigt sei, muß in dieser Zeit der Arbeitslosennot mit aller Entschiedenheit zurückgewiesen werden. Ein solches bezügliche Mahnung des Leipziger Gewerkschaften, die dieser auf seinen wöchentlichen „Mitteilungen“ veröffentlicht, findet unsere restlose Zustimmung. Sie hat folgenden Wortlaut:

**Sorgt bei Überarbeit für die Einführung von Doppelschichten.** Verhandelt mit euren Betriebsleitungen zwecks Abgabe von Überarbeit an Betriebe, die wegen Arbeitsmangel Kollegen entlassen haben. Gebt diesen Betrieben dadurch die Gelegenheit, arbeitslose Kollegen einstellen zu können. Kein Kollege kann der im Gewerbe herrschenden großen Arbeitslosigkeit gleichgültig gegenübersehen. Beachtet die tariflichen und gesetzlichen Bestimmungen zur Vermeidung von Überstunden zwecks Einstellung von Arbeitslosen. Überstunden sind nur dann zulässig, wenn

die Betriebsvertretung und die Anleitung unter Einhaltung der tariflichen Überstundenbestimmungen ihre Zustimmung gegeben haben.

In der hier vorgesehenen Mitwirkung von Verbandsfunktionären erblicken wir die Möglichkeit schnellster Schlichtung von Überstundenkonflikten und würden es im Interesse einer wirksamen Bekämpfung der großen Arbeitslosennot begrüßen, wenn ein diesbezügliches Zusammenwirken aller genannten Kräfte nicht mehr auf formalrechtlichem Widerstand von Unternehmenseite stoßen würde. Denn das Letztere könnte nur zu einer weiteren Verschärfung der Gegensätze beitragen und die ganze Überstundenfrage in ein Fahrwasser drängen, das bei den nächsten Tarifverhandlungen keinerlei Spielraum für die von Geistesseite bisher bewiesene Duldsamkeit mehr übriglassen würde; wie überhaupt die furchtbare Not der Arbeitslosigkeit bei der bevorstehenden Neuregelung der tariflichen Arbeitsbedingungen für das Buchdruckgewerbe von ausschlaggebender Bedeutung sein wird. Mögen daher diese hier nur andeutungsweise zum Ausdruck gekommenen Gedanken über eine zeitgemäße Bekämpfung der Arbeitslosennot nicht nur bei unsern Kollegen, sondern auch in den dafür nicht zuletzt verantwortlichen Unternehmerkreisen eine solche Beachtung finden, die dieses ersten und schicksalsschweren Problems würdig ist!

**100 Jahre „Typographia“ Augsburg**

In würdiger und eindrucksvoller Form feierte am 5. und 6. Oktober die Gesellschaft „Typographia“ (Augsburg) ihr hundertjähriges Bestehen. Kollege Georg Maier, der Verfasser der Festschrift zum 60jährigen Ortsvereinsjubiläum, schrieb die Vereinsgeschichte des Jubiläumsvereins, die als schmuckes Büchlein in übersichtlicher Form guten Anklang fand. Die Drucklegung wurde erleichtert durch das Entgegenkommen unseres Mitgliebes Herrn Direktor Winkler (Verlag Gebr. Reischel). Die öffentliche Feier im sinnig und geschmackvoll decorierten „Ludwigsbau“ erfreute sich sehr guten Besuchs. Unter den Gästen befand sich Fräulein Julie Wirth, eine Enkelin des ersten Vorsitzenden und Gründers der Gesellschaft, des Buchdruckers Johann Christian Wirth. Außerdem waren erschienen der Buchdruckerangereiner München mit seinem Dirigenten Herrn Musikdirektor Reithmeier, die Gewerkschaft sowie Delegationen aus Stuttgart, Nürnberg, Regensburg, Landshut und Innsbruck. Die Veranstaltung wurde eingeleitet mit dem „Einzug der Gäste auf der Wartburg“, gespielt von der Vereinigung ehemaliger Militärmusiker. Es folgte nun die Duvertüre aus „Wilhelm Tell“, während als nächstes der Sängerkhor „Typographia“ (Augsburg) das Opferlied von Beethoven zum Vortrag brachte. Die Festspreche des ersten Vorsitzenden des Vereins, des Kollegen Langhaus, berührte die wichtigsten Ereignisse aus der reichen Geschichte der Gesellschaft und gipfelte in dem Wunsch, daß sich allzeit Kollegen bereit finden mögen, die Gesellschaft „Typographia“ aufwärts und vorwärts zu führen, daß sie auch in der Zukunft die Hebung und Pflege der Kollegialität als ihr vornehmstes Ziel betrachte. Die Glückwünsche des Sängerkhores übermittelte dessen erster Vorsitzender Paul Kost. Aus begeisterten Sängerechsen erklang sodann der vom Kollegen Kap ver-

sagte und vom Chormeister, Herrn Hauptlehrer Franz Seber, intonierte Jubiläumssängerspruch:

„Typographia“, blüh und gedeih,  
Ins neue Jahrhundert in alter Treu!

Es folgten nun die Glückwünsche des Ortsvereins Augsburg, der Vertretung der Stadt, des Gewerkschaftsrates, des Gewerkschaftsvereins und der verschiedenen auswärtigen Verbände. Der Sängerkhor der Buchdruckerangereiner Stuttgart überreichte als Jubiläumsgabe einen schönen silbernen Pokal und der Buchdruckerangereiner München zwei Chöre. Auf den „Fadeltanz“ von Meyerbeer sang der Buchdruckerangereiner München den Männerchor „Troß“. Den Abschluß des ersten Teiles des Abends bildeten die Ungarische Rhapsodie von Liszt und der „Festgesang an die Künstler“ von Mendelssohn, von der Chorgemeinschaft Steber zum Vortrag gebracht.

Den zweiten Teil des Programms bestritten wiederum abwechselnd die Buchdruckerangereiner München und Augsburg, wobei Schöpfungen des Chormeisters Steber (Augsburg), insbesondere der zum Feste komponierte Jubiläumsmarsch „Hoch Typographia“ guten Erfolg erzielten. Den Abschluß bildeten Tänze im alten und neuen Stil, ausgeführt von der Tanzgruppe Müller (Brunn). Dies war auch gleichzeitig der Auftakt zu dem sich nun anschließenden Festball, der bis morgens 4 Uhr dauerte.

Am Festsontagsvormittag wurden unsern auswärtigen Gästen in einer Omnibusrundfahrt die Schönheit und die Zeugen ehrwürdiger Vergangenheit der ehemals freien Reichsstadt gezeigt. Hiernach vereinigten sich die Kollegen im „Höring“ zu einem gemüthlichen Frühstück.

Nachmittags 3 Uhr begann die Familienunterhaltung im „Roths Haus“, die noch einige angenehme Stunden brachte. Neben Liedervorträgen der Münchner und Augsburger Sängerkollegen wurden Tänze durch Mitglieder der Turngemeinde Augsburg sowie künstlerische Schattenspiele durch Kollegen Mayer (Donauwörth) vorgeführt. Die Lausmusikern erregten die heiteren Porträge zur Laute von Studientrat Loni Pfeiffer. Die Abschiedsstunde schlug, heimwärts wanderten die Kollegen, eine schöne Erinnerung im Herzen. Möge es aber immer bleiben, wie es so schön in dem Typographialiede heißt:

Stoht an, Typographia soll leben! Hurra, hoch!  
Brüder, reißet einander aus Freundschaft die Hand,  
Es knüpft uns alle ein künstlerisch Band!  
Frei ist die Kunst, frei ist der Mann!

Augsburg.

S. W.

**25 Jahre Bayerischer Korrektorenverein**

Wenn eine Berufsvereinigung ein Vierteljahrhundert im Sinne der Bestrebungen der großen Gesamtorganisation, des Verbandes der Deutschen Buchdrucker, gewirkt hat, so ist dies wohl ein berechtigter Anlaß, einen Rückblick auf deren Entstehung und Entwicklung zu werfen und dabei die Erfolge zu schildern. In einer kurzen Vereinsgeschichte hat dies der Bayerische Korrektorenverein zusammengestellt, die an die Mitglieder zur Verteilung gelangte. Mit folgenden Zeilen sei die Gründung und die Entwicklung des Bayerischen Korrektorenvereins kurz geschildert, soweit die Allgemeinheit der Kollegenschaft daran Interesse hat.

Einer Einladung des Kollegen Oskar Peukert folgend, fanden sich am 25. August 1904 in München sieben Kollegen zusammen, die unter sich selbst schon den Gedanken eines

**Robert Blum und die Buchdrucker**

Vor 50 Jahren, am 10. November 1840, erschien im „Gutenberg“, dem „Traun für das Gesamtinteresse der Buchdrucker und Schriftgießer Deutschlands“ als einem der historischen Vorträge des „Korr.“ zur Erinnerung an den ein Jahr vorher von den Schwestern Welterwidis in Wien erschlossenen Freiheitskämpfer Robert Blum nachgehender Gedächtnisartikel. Da in unsem Tagen die Erinnerung an viel längere Zeit zurückliegende Freiheitskämpfer und ihre Tüder wieder heller als sonst aufleuchtet und, glauben wir durch Abdruck des Artikels aus der Mitte des vorangehenden Jahrbuchwerks zu wertvollen Vergleichen zwischen damals und heute anzuregen. Die Schriftleitung.

Der Einsender folgender Zeilen glaubt annehmen zu können, daß wohl alle Leser des „Gutenberg“ dem für Wahrheit, Freiheit und Recht gefallenen Robert Blum jenes Andenken bewahren, das das Streben dieses edelsten der Vorkämpfer in jeder Beziehung mit Recht verdient, und da diese Woche der erste Jahrestag seines Todes, der 9. November, und sein Geburtstag, der 10. November, fallen, so glaubt der Unterzeichnete mit seinen Kollegen keine bessere geistige Trauerfeier um diesen Dahingemordeten begehren zu können, als wenn er in folgendem mitteilt, wie Robert Blum, dessen ganzes Herz nur dem Volke gehörte, im Verhältnis auch zu den Buchdruckern stand.

Man wird sich erinnern, wie im Frühjahr 1846 die Leipziger Kollegen eine Petition an den damals versammelten sächsischen Landtag abfuhren, in welcher sie um Abhilfe ihrer gedrücktesten Verhältnisse baten. Der zur Abfassung dieser Petition ernannte Ausschuß wendete sich an Robert Blum um seinen Rat in dieser Angelegenheit, und Blum erteilte denselben nicht nur einzelnen der Ausschü-

mitglieder, sondern nahm auch an einer Ausschüßung teil, bei der es sich um die Aufstellung der wichtigsten Punkte handelte, auch verwendete er sich bei Dr. Joseph, damaligem Abgeordneten der II. Kammer, diese Petition beim Landtage beizubringen zu wollen, was auch gelang.

Hierauf gründeten die Leiter dieser Petitionsangelegenheit mit unglücklichen Opfern einen Guttenbergverein, der, wenn auch in nur beschränktem Kreise, Ähnliches zum Zweck hatte, wie der gegenwärtig bestehende und immer weiter und weiter sich gestaltende Guttenbergverein für Deutschland. Hierbei stand Robert Blum den Leitern der Sache mit Rat und Tat zur Seite, und er, dem wenig freie Stunden zu seiner Erholung übrig blieben, war einer der ersten, welcher dem Guttenbergverein in seinen wöchentlichen Versammlungen geeignete Vorträge zu halten versprach. Er hätte sein Versprechen auch treulich gehalten, wenn — der Guttenbergverein, kaum drei Wochen alt, nicht auf Befehl des damaligen Ministers des Innern, Herrn von Falkenstein, aufgelöst worden wäre. Er war es auch, der dieses Verbot in einer Korrespondenz vom Juli 1846 in der „Schlesischen Zeitung“ gebührend besprach.

Als mehrere der Leipziger Brinzipale nach Aufhebung des Guttenbergvereins durch Konditionsfindigung die meisten Vorkämpfer aus Leipzig fortgemagert hatten und nur einige derselben zurückgeblieben waren, ernannte Robert Blum diese wenigen, trotz zusammenzubehalten und des Brinzip der Assoziation festzuhalten, damit dasselbe bei einem wiederertruetenden günstigeren Zeitpunkt an größere Anhängerzahl gewinnen können. Diese wenigen hielten auch treu zusammen, und das Ergebnis davon war, daß sie Ende 1846 beschloßen, das seit Johanni d. J. in Mittweida erscheinende Blättchen „Typographia, Organ

für Buchdrucker und Schriftgießer“, und welches bis dahin etwa 50 Abonnenten hatte und, kaum erstanden, seinem Erscheinen wider nahe war, auf geeignete Weise unter die Kollegen Deutschlands zu verbreiten und zum Organ der sozialen Interessen umzufassen. Robert Blum war wieder derjenige, bei dem man sich Rat holte, und er, bereitwillig wie immer, wann es galt, dem Volke zu dienen, erteilte ihn nicht nur, sondern gab auch manden schriftlichen Auffah in dieses Blättchen. Viele andre Leipziger Literaten, die um Abfassung von Aufsätzen sozialen Inhalts für die „Typographia“ angegangen wurden, um so lange das Blatt erscheinen lassen zu können, bis die Kollegen Deutschlands das Leben dieses Organs mit eignen Beiträgen zu fristen angefangen haben würden, versprachen ihre Beihilfe, aber wenige dieser Versprecher hielten ihr Wort, und von diesen wenigen war es wiederum Robert Blum, der das meiste gab; Robert Blum, der mit seiner Zeit sehr zu Rate gehen mußte, rang sich doch manden Augenblick ab, um dem beschiedenen Blättchen „Typographia“ das Leben mit fristen zu helfen; und ich glaube, daß es mande Leser des „Gutenberg“ nicht unteschäm aufnehmen werden, wenn ich dem großen Kreis der deutschen Kollegen den für die bereits dahingegangene „Typographia“ verfaßten Artikel mitteile, worin er uns zu einer allgemeinen Vergesellschaftung auffordert. Er lautet:

Einige Kollegen haben uns zum innigeren Zusammenschluß aufgefordert und in diesem Blatte einen Spredsaal geschaffen, in welchem wir uns versammeln und unsre Angelegenheiten verhandeln sollen. Wieviel Dank wir ihnen dafür schuldig sind, werden wir erst dann einsehen, wenn wir einen flüchtigen Blick werfen

Zusammenschlusses der Münchener Korrektoren erörtert hatten, nachdem bereits in Berlin und Leipzig ähnliche Bestrebungen sich bemerkbar machten. Die Aussprache führte zu dem Beschluß, durch Agitation für eine Vereinigung der Korrektoren zu werben, und es wurde dann am 17. September 1904 die Gründung des Vereins Münchener Korrektoren beschlossen.

In einer Versammlung am 6. November 1904, an der schon 14 Kollegen teilnahmen, wurde ein Vereinsstatut geschaffen, in dem als Zweck der Vereinigung festgelegt wurde: Wahrung der gemeinsamen materiellen Interessen der Mitglieder, Hebung des Berufs und Pflege der Kollegialität. Am 12. Dezember 1904 wurde dann der Ausschluß an die Zentralkommission in Berlin vollzogen.

In Rundschreiben an die Druckerere, in denen damals in München Korrektoren beschäftigt waren, wurde für den Verein geworben, und in der ersten Jahresversammlung am 29. Januar 1905 konnten schon Erfolge dieser Rundschreiben bekanntgegeben werden, denn mehrere Kollegen hatten sich gemeldet; auch aus Augsburg und Freising lagen Anmeldungen vor. Die ersten Monate des Jahres 1905 brachten erneut Zuwachs an Mitgliedern aus München, Würzburg und Donaueschingen, so daß der Gedanke erwogen wurde, dieser Ausdehnung des Vereins Rechnung zu tragen und den Namen zu ändern. Einstimmig wurde am 21. Mai 1905 beschlossen, der Vereinigung den Namen: Bayerischer Korrektorenverein mit dem Sitz in München, zu geben. Als Zweck des Vereins wurde festgelegt: Förderung der gemeinsamen geistigen und materiellen Interessen der Mitglieder mit Ausschluß aller politischen und religiösen Fragen, Hebung des Berufs, Pflege der Kollegialität. Dieses Ziel sollte erreicht werden durch Schaffung möglichst günstiger tariflicher Arbeitsbedingungen unter strenger Beachtung des Statuts des Verbandes, durch technische und andre Vorträge und Mitarbeit an der Vereinfachung der Rechtschreibung. Nur Verbandsmitglieder konnten aufgenommen werden.

Durch die Namensänderung fand der Verein dann auch ein größeres Betätigungsfeld; noch im Oktober 1905 meldeten sich fünf Kollegen in Nürnberg, Anfang 1906 in Augsburg acht, in Nördlingen zwei, in Ansbach und Erlangen je ein Kollege, und im April 1907 traten Kollegen in Bamberg, Kempten und Regensburg bei, so daß fast in allen größeren Orten Bayerns Mitglieder zu verzeichnen waren. Langsam aber stetig vermehrte sich die Zahl der Mitglieder; am 1. Juli 1929 waren von den nach der neuesten Statistik des Verbandsvorsitzenden in Bayern beschäftigten 241 Korrektoren 195 Mitglieder des Bayerischen Korrektorenvereins, die sich auf 11 Ortsgruppen verteilten.

Eine eifrige Tätigkeit wurde in den 25 Jahren entfaltet, um für die Korrektoren die Anerkennung ihrer im gewerblichen Produktionsprozeß so notwendigen, aber von manchen Feindsipalen so gering bewerteten Arbeit zu erzielen, um durch berufliche Bildung das Wissen der Mitglieder zu bereichern und die aus allen möglichen Gründen sich dem Korrektorenberuf zuwendenden Kreise fernzuhalten, worin wir von den Funktionären des Verbandes stets gern unterstützt wurden. Auch für eine einheitliche Rechtschreibung setzten sich die Vereinsmitglieder ein, so daß nach einem Rückblick auf die fünfundsiebzig Jahre des Bestehens des Vereins konstatiert werden kann, daß das, was bei der Gründung beabsichtigt war, in dem späteren Wirken mit Erfolg durchgeführt wurde zum Nutzen der Mitglieder und der Gesamtheit der Kollegen.

# Fünfzig Jahre Verbandsmitglied



Oswald Feustel in Hamburg  
Eingetretten: 10. November 1879 — Jetzt Invalide

Am Anlaß des fünfundsiebzigjährigen Bestehens fand am 26. Oktober in München eine kleine Feier statt, die einen würdigen Verlauf nahm. Eine Abteilung des Orchesters des Buchdruckerergangsvereins, das Quartett und die Sängerschar des Buchdruckerergangsvereins, Fräulein Gerda Koitner (Sopran), Studentin Anton Pfeiffer mit Liedern zur Laute und Gesangsvorträge zweier Vereinsmitglieder gaben dem Abend mit ihren ausgezeichneten Darbietungen den musikalischen Rahmen, in dem sich dann die richtige kollegiale Stimmung entwickeln konnte. Der sich bei solchen Buchdruckerfesten stets freudig mit seiner Dichtkunst in den Dienst der Kollegen stellende Vater Laurentius (Lorenz Willner) schilderte in seiner Festpredigt humorvoll die Tätigkeit der Korrektoren. Nach einer kurzen Ansprache des Vorsitzenden wurden den noch lebenden fünf Gründungsgliedern und dem derzeitigen Vorsitzenden für zwanzigjährige Führung der Vereinsgeschäfte sinnige Angebinde überreicht und der in den 25 Jahren verstorbenen 54 Kollegen ehrend gedacht. Die Grüße und Glückwünsche vom Verbands-, Gau- und Ortsvorsitzend übermittelte Kollege Döhlung, vom Verein Münchener Buchdruckerbesitzer nahm Herr Lindl teil, außerdem hatten Glückwünschschreiben oder Telegramme gefandt die Zentralkommission, die Korrektorenvereine von Berlin, Hannover, Karlsruhe, Schlesien, Rheinland-Westfalen, die Kollegen August Meniges (Köln), Erhard Heise (Hamburg), die Ortsgruppen Ansbach, Nördlingen, Nürnberg, Regensburg, Würzburg, aus Augsburg und Freising waren Kollegen zur Feier selbst gekommen, und die kollegialen Vereine Münchens. Der Zweigverein München und der Hauptvorstand des Allgemeinen Deutschen Sprachvereins hatten ebenfalls in längeren Schreiben Glückwünsche übermittelt, dabei besonders die notwendige Zusammenarbeit der Korrektoren und des Sprachvereins und die dadurch erzielten Erfolge betonend.

A. W. (München.)

## Korrespondenzen

F. T. Berlin. (Außerordentliche Generalversammlung am 25. Oktober.) „Ausschluß von Mitgliedern nach § 10, Absatz a und b des Verbandsstatuts und nach § 12, Absatz 1 des Gaustatuts“ war der einzige Punkt der Tagesordnung. Unwesentlich waren 761 Delegierte. Gauvorsitzer B a u n referierte über die Gründe, die den Gauvorsitz veranlassen, gegen vier Kollegen den Ausschluß aus dem Verbands zu beantragen. Die Vertreter der fanatisierten Anhänger und Beauftragten der kommunistischen Partei hätten bisher in Berlin keinen Anklang gefunden, solange die Konjunktur im Gewerbe gut war. Die letzten Vorgänge bei den Besitzern zum Verbandsvorsitz und die Ausschaltung der Organisation bei den Arbeitslosenversammlungen zwingen jedoch den Gauvorsitz zur Flucht in die Öffentlichkeit. Was bei diesen Anlässen an Berührungspunkten geklärt wurde, bis zu den schwersten, gemeinsamen Verkündungen einzelner Funktionäre, sei ein Novum in der Berliner Buchdrucker-Geschichte. Ende August hatten wir 1530 Arbeitslose. Keinerlei Beschwerden der Arbeitslosen über den Nachweis oder ähnliches kamen zur Kenntnis des Gauvorsitzes. Da, Ende August, erschienen die Aufrufe der kommunistischen Partei zur „Abwehr des geplanten Attentats“ auf die Arbeitslosenversicherung. Eine Versammlung der arbeitslosen Buchdrucker wurde von der KPD, zum Freitag, dem 30. August, einberufen. Schiller von der Opposition referierte über das Thema: „Wie ist die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen? Wie führen wir den Kampf um den Siebenfundentag?“ Als in der Versammlung gefragt wurde, ob der Gauvorsitz eingeladen sei, kam die Antwort: „Den brauchen wir gar nicht!“ Schiller verlangte unter andern, in den Sparten für Widerstandskassen einzutreten. Den zweiten Vorsitzenden der Druckerpartei schrie man nieder, weil er als Arbeitsloser einen andern Standpunkt als der Referent vertrat. Am 16. September fand dann eine Versammlung auf dem Rathaus statt, in der ein Erwerbslosenausschuß gewählt wurde, der auf dem Gaubüro vortrat und Einladungen zur bevorstehenden Generalversammlung verlangte. Für jede Sparte wurde ein Vertreter zugelassen. Am 2. Oktober unterbreitete Weber dem Vorsitzenden den Wunsch der Erwerbslosenvertreter, am Freitag, dem 4. Oktober, eine Versammlung einzuberufen. Näheres über Saal, Referenten usw. wollte Weber angeblich nicht genau wissen und am andern Tage mitteilen. Vorsitzender Braun erklärte darauf, daß, wenn die Organisation eine solche Versammlung veranstalte und finanziere, sie auch ein Mitbestimmungsrecht über den Referenten haben müsse. Weber hatte jedoch den Vorstand in der hinterhältigsten Weise irreführt, denn während Weber verhandelte, waren schon alle Vorbereitungen zu einer kommunistischen Versammlung getroffen und Handzettel dazu gedruckt. Referent war ein kommunistischer Reichstagsabgeordneter. In dem Handzettel wurde generelles Verbot aller Überführungen und der Siebenfundentag gefordert. Der Tarif dürfe kein Hindernis sein. Schiller war der Vater dieser Idee und Erich Peter der Einberufer und Leiter dieser wilden Versammlung. Der Gauvorsitz hatte durch Inerit vor Besuch dieser Veranstaltung gewarnt. Alle Referenten, die nicht kommunistisch eingestellt waren, wurden niedergebrellt. Nachdem das Erwerbslosengesetz im Reichstag erledigt war, wurde vom Gauvorsitz am 15. Oktober eine Versammlung der arbeitslosen Kollegen einberufen mit folgender Tagesordnung: 1. „Die Arbeitslosenversicherung“, Referent Hermann Schlimme, Sekretär des KPDV, 2. Der Gauvorsitz und die Arbeitslosen, 3. Neuwahl der Vertrauensleute. 4. Beschlüsse. Der Gauvorsitz forderte durch Handzettel zum Besuch dieser Versammlung auf, um Wünsche und Beschwerden der Arbeitslosen entgegennehmen zu können. Vom Gauvorsitz waren acht Kollegen in dieser Versammlung anwesend, auch Pöschmann als Mitglied des Kuratoriums für den Arbeitsnachweis. Was sich in dieser Versammlung abgespielt hat, fällt sich in wenigen

auf die Wichtigkeit der Bergesellschaftung im allgemeinen und in unferer Zeit insbesondere.

Wir wollen hier nicht geltend machen, daß der Mensch für die Bergesellschaftung geschaffen ist, und nach der christlichen Lehre der Schöpfer selbst den Grundgedanken aussprach: „Es ist nicht gut, daß der Mensch allein ist!“. Auch wollen wir nicht anführen, wie fast alle Erscheinungen unsres Gesamtlebens — die Familie und die Gemeinde sowohl als die Handwerks- und Kunstgenossenschaft — Erzeugnisse der Bergesellschaftung sind, sondern nur sichtlich auf die Wunder hinweisen, welche die freiwillige Gesellschaftung bewirkt. Zu dem jugendlichen Amerika hat sie unermeßliche Länder der Kultur erobert, Städte, Provinzen und Staaten begründet, wo kurz zuvor noch das heilige Schweigen der Wildnis herrschte, und wunderbare Verbindungswege geschaffen, welche die entlegensten Punkte des größten Weltteils verbinden. In England hat sie dem Mutterlande unermeßliche Reiche gewonnen, aus welchem dasselbe die Mittel seiner Macht und Größe zog; die Ostindische Kompagnie (Gesellschaft) beherrscht heute noch ganze Königreiche; sie hat den Welthandel erobert und den ungebändigten Ozean dem kleinen Eiland dienstbar gemacht. Der Schanzbeck der gebildeten Welt, der Skavenhandel, hat durch Bergesellschaftung fast aufgehört zu sein, und selbst da, wo Natur, Klima und Bevölkerungswirtschaft die Sklaverei fast zu einer Notwendigkeit zu machen scheinen, in Amerika, legt die Bergesellschaftung in der Gestalt der Abolitionisten jetzt Hand an ihre Ausrottung, und sie wird dem vereinten Angriff nicht widerstehen. In der ganzen gebildeten Welt hat die Bergesellschaftung Hand gelegt an die Entfernung des verbreitetsten

Lasters, welches den Menschen zum Tier herabwürdigt, Gesundheit und Leben kürzt und die Quelle der Verarmung und des tiefsten Elends ist, an den übermäßigen Genuß geistiger Getränke, besonders des Brauntweins, und bereits sind Hunderttausende bekehrt und geheilt. Die Bergesellschaftung hat mehr vermocht, als die Lehrer der Barmhertigkeit und Moral seit Jahrhunderten; sie war mächtiger als alle geistlichen und ewigen Strafen und Befehlungen, die man gegen das Laster in Bewegung setzte. Und die Bergesellschaftung war es endlich, welche überall, wohin wir sehen, die Bahnen schaffte und schaffte, die wie eiserne Adern sich hinzogen durch die Länder und sie innigst verbinden zu einem großen Ganzen, die Raum und Zeit beherrschten durch eine vor kurzem noch undenkbar Annäherung entfernter Punkte.

Doch wozu der Beispiele noch mehr? — Den unermeßlichen Wert verkennt kein gebildeter Mensch mehr! Ist doch unser eignes Geschäft uns ein Sinnbild dieses Wertes: Was ist der einzelne Buchstabe, das einzelne Fragezeichen? — ein völlig wertloses Stückchen Metall ohne Sinn und Inhalt. Erst durch die Bergesellschaftung mit den übrigen Buchstaben und Ausschließungen erhält dasselbe seine Bedeutung, wird es Träger des Geistes und Gedankens, dem es zur Stütze dient auf seinem Flug um die Welt. Und weit entfernt, daß der Wert des Einzelwessens in der Gesellschaft verliert oder verschwindet, tritt in derselben der Wert und die Nützlichkeit selbst des Kleinsten und Unbedeutendsten erst recht hervor als ein nützliches und unentbehrliches Glied des Ganzen, denn in der ausgebundenen Kolumne, in der geschlossenen Form, in dem fertigen Bogen ist auch der unsichtbare Punkt, der verächtliche Spieß, als Spitz

tium nämlich, ein nützliches Teilchen des Ganzen und trägt an seiner Stelle bis zum Gebahren desselben; sein Ausfall gibt eine Wunde, die Auge und Sinn beleidigt und die innere Harmonie sowohl als die Festigkeit und Dauer des Ganzen wesentlich beeinträchtigt.

Nun gibt es aber zwei Arten der Bergesellschaftung, des Zusammenhalts, die wir in materielle und geistige teilen möchten; die materielle, die darin besteht, erhelft das Zusammenleben; sie ist nur in kleinen Kreisen, in einzelnen Städten möglich und wirkt — wie nützlich und angenehm sie auch sein mag — nur für diese kleinen Kreise und deren Interessen. Die geistige ist unendlich weiter und größer, sie erhelft einen Sprechsaal, wo jeder seine Ansichten niederlegen kann, Gründe und Gegen Gründe gehört werden können und alsdann dem großen Ganzen das Urteil über die Zweckmäßigkeit und Nützlichkeit zustift. Sie arbeitet für das Ganze selbst dann, wenn sie einzelnes verhandelt, weil sie sich stets aus Ganze wendet. Eine solche geistige Bergesellschaftung ist es, in welche wir treten wollen.

Ist nun der unermeßliche Vorteil der Bergesellschaftung im allgemeinen nicht zweifelhaft, so ist derselbe für uns insbesondere auch keiner weiteren Ausführung bedürftig. Wir sind ein wanderndes, unsftetes Volk, heute hier, morgen dort; wenige von uns nur erwerben eine feste Heimat und mit ihr den festen Haltepunkt eines häuslichen Herdes. Zwar finden wir überall denselben Gestalten, dieselben Buchstaben, dieselben Freisen, dieselbe Arbeit — aber unendlich verschieden sind die Verhältnisse, die Gebräuche, die Einrichtungen, die wir nicht kennen, die oft unsre Sehnsucht nach einem bestimmten Gau unsres deutschen Vaterlandes bitter ent-

Worten gar nicht schilbern und übertrifft die stärksten Vorgänge in der Inflationzeit. Nach Eröffnung der Versammlung wurde Witkowski verlangt, was vom Vorstand als sachungswidrig abgelehnt wurde. Dann beantragte Schäfer die Zulassung der kommunistischen Reichstagsabgeordneten Martha Krenndick als Korrespondentin, die bereits im Vorraum wartete. Der Vorsitzende lehnte dieses Ansuchen ab, da Schlimme als Sekretär des Bundesvorstandes des DGB, unserer höchsten Instanz, parteipolitisch nicht gebunden sei. Im übrigen handelte es sich nicht mehr um die Kämpfe für und gegen das Gesetz, sondern um die Auswirkung nach den Veränderungen. Da der Gauvorstand fest blieb, beantragte Weber nach einer dreiviertelstündigen Geschäftsordnungsdebatte Abhebung des ersten Punktes von der Tagesordnung. Braun warnte vor Annahme dieses Antrages, da seit drei Wochen von den Arbeitslosen ein Referat über diese Materie verlangt worden sei. Trotzdem wurde der Antrag angenommen. Von 1700 Arbeitslosen waren rund 650 anwesend. Da sich der Gauvorstand auf keinen Fall einem kommunistischen Diktat beugen durfte, um nicht aus einer Gewerkschaftsversammlung eine parteipolitische Propagandaveranstaltung machen zu lassen, schloß Braun im Auftrage des Gauvorstandes die Versammlung. Die ordinärsten Ausdrücke wurden darauf dem Vorsitzenden und Referenten entgegengehleubert, die schwersten Drohungen. Weber ersuchte die Anwesenden, dazubleiben, da die Versammlung weitergeführt würde, trotzdem ihm gesagt wurde, daß er dazu kein Recht habe. Braun wurde mit Gewalt bedroht, man wollte ihn vom Podium herunterstoßen. Berndt ergreift einen Stuhl, um auf Braun einzuschlagen, wurde aber daran gehindert. Dem Vorstand wurde es dadurch unmöglich gemacht, der Versammlung mitzuteilen, welche Maßnahmen er zur Wahrung der Arbeitslosigkeit getroffen habe, und daß den Ausgesteuerten ein Mietzuschuß von 25 M. gewährt werden solle. Da der Monom des „Gewerkschaftshauses“ für sein Inventar fürstliche, forderte er, nachdem der Vorstand den Saal verlassen hatte, die Anwesenden zur Räumung auf. Weber eröffnete jedoch die Versammlung wieder und erteilte Schäfer das Wort, der eine längere Resolution einbrachte. — An Hand eines sehr umfangreichen Materials ging nun Braun in der außerordentlichen Generalsversammlung auf die Bestrebungen der KPD ein, die sich der Arbeitslosen bemächtigen und unter Ausschaltung der Gewerkschaften die Führung der Arbeitslosen übernehmen wolle. In Berlin stehen bereits einige Branchen unter kommunistischer Leitung, aber auch diese haben nur normalen Lohn und die 48-Stunden-Woche. Warum gehen diese nicht voran mit der Lohnerhöhung und sofortigem 7-Stunden-Tag? Auch die Lehrlingsversammlungen werden mit Flugblättern der KPD bombardiert, worin die Gewerkschaftsführer als Sozialfaschisten und Arbeiterverräter beschimpft werden. Die letzten Bezirksversammlungen waren Säulen der wertvollsten Bestimpfungen unserer Organisation und deren Funktionäre, so daß die meisten Kollegen, angeekelt, die Versammlungen vorzeitig verließen. Das darf nicht so weiter gehen. Einzelne Kollegen, die sich an dieser Zerstörungsarbeit führend beteiligt haben und das Unrecht zwischen sich und dem Verband geschnitten hätten, seien deshalb auszuschließen, und zwar: Seher Paul Schäfer, Drucker Kurt Weber, Seher Erich Weber und Seher Herbert Berndt. Letzterer hatte sich beim Vorsitzenden schriftlich mit seiner Erregung entschuldigt, und Braun empfahl deshalb, diesen Fall milder zu beurteilen. Am Tage vor der außerordentlichen Generalversammlung fand wiederum eine wilde Versammlung der Arbeitslosen statt, vor deren Einberufung und Leitung der Gauvorstand öffentlich warnte. Der Vorsitzende wurde bei seinem Referat häufig durch die hindereordneten Tribünenbesucher und von einigen oppositionellen Kollegen unterbrochen. Den zum Ausbruch stehenden Kollegen wurden je 15 Minuten Redezeit zugewilligt, allen andern Rednern 10 Minuten. Schiller suchte sich zu rechtfertigen. Die Opposition mußte Gelegenheit zur Abwehr haben. Die Gewerkschaftsbürokratie könne keinen Rückwärtsschritt führen, weil sie durch die Koalitionspolitik gebunden sei. Weil die Gewerkschaften verfaßt hätten, müsse die Opposition so

vorgehen. Weber behauptete, daß seine Sparte bereits vor einem halben Jahr den Arbeitslosen Versammlungen versprochen habe. Wenn das der Gauvorstand nicht wolle, dann mache es die Opposition. Sie nähmen das gleiche Recht wie die Betriebe für sich in Anspruch. Der Gauvorstand habe sich 1924 auch nicht in den Arbeitslosenversammlungen leihen lassen, weil er wußte, daß er Kräfte bekommt. Peter sprach dem Vorstand das Recht ab, die Arbeitslosenversammlung zu schließen, polemisierte gegen den Gauvorstand und erklärte zum Schluß: „Die Opposition in ihrem Lauf hält weder Braun noch Jörgiebel auf!“ Peter d. bedauerte die fälschliche Behauptung des Vorsitzenden, erklärte sich aber mit seinen drei Vorrednern solidarisch. — Die Kollegen Borz und Piesch vom Gauvorstand, als Augenzeugen ergänzten den Bericht Brauns und traten für den Ausschluß der Genannten ein, ebenso Kollege Wegand, der als Arbeitsloser zweimal Augenzeuge in den letzten Versammlungen war. Gegen den Ausschluß sprachen Nowacki, Kiefer, der eine Protestresolution seines Arbeiterrats einbrachte, und Wulfschors. Als nach 19 Redner vorgemerkte waren, wurde durch einen Schlußantrag der Disziplin kurz vor 9 Uhr abends ein Ende bereitet. Als Braun sein Schwupswort halten wollte, wurde ihm dies unmöglich gemacht. Von den Galerien ertönten dauernd gellende Zwischenrufe und wüste Beschimpfungen von den hintersten Arbeitslosen. Braun konnte nur noch darauf hinweisen, daß die Delegierten nun auch einmal einen kleinen Einblick bekommen hätten, wie es in den Arbeitslosenversammlungen zugehe. Die Opposition versuchte mit allen Mitteln die Abstimmung zu hintertreiben. Dies gelang ihr jedoch nicht. Der Antrag des Gauvorstandes auf Ausschluß der vier Genannten wurde mit Zweidrittelmehrheit angenommen. Die Galeriebesucher reagierten darauf mit lauten Pfui-Rufen und Schimpfen die Internationale an, während sich der Saal langsam leerte.

**Bremen. (Handseher.)** Am 16. Oktober hatte unsere hiesige Vereinigung im Rahmen des Programms der Arbeitsgemeinschaft der Sparten den Kollegen Otto Fiedler (Berlin) nach Bremen verpflichtet zu einem Referat über das Thema „Handseherfragen und Handseherpartei“. Ausgehend von der einstimmigen Anerkennung der Handseherpartei auf dem 14. Verbandstag in Frankfurt a. M., vertrat er es in treffender Weise, die Versammlung über den Stand der Handseher zu den übrigen Sparten zu unterrichten. Der Beifall der Versammlung bewies, daß die Ausführungen des Referenten allgemeine Zustimmung gefunden hatten. Die Diskussion bewegte sich ebenfalls fast ausschließlich in seinem Sinne. Mit dem Dank der Versammlung an den Referenten fand die Versammlung ihren Abschluß.

**Kolberg.** Am 13. Oktober fand unsere Herbst-Bezirksversammlung in Belgard statt. Es waren 126 Kollegen erschienen, und zwar aus den Orten Kolberg, Köslin, Salsau, Rügenwalde, Stolp, Rummelsburg, Wittow, Belgard, Schwelben, Neustettin, Treptow und Greifenberg. Bezirksvorsitzender Heise (Kolberg) konnte den Gauvorsteher Reinte (Stettin) und den Kollegen Remis (Stargard) als Gäste begrüßen. Dem Geschäftsbericht des Vorsitzenden war zu entnehmen, daß in den meisten Orten leidlich tarifliche Verhältnisse herrschen. Dies kam auch bei den Berichten aus den einzelnen Orten zum Ausdruck. Kollege Reinte betonte, daß wir mit den jetzigen Verhältnissen in Hinterpomern zufrieden sein könnten. Nachdem die Lehrlingsordnung im Handwerksamtbezirk Stettin eingeführt ist, wird auch eine Übertragung der Lehrlingskala verhindert. Kollege Reinte sprach darauf über die Ergebnisse des Gau-7. Verbandstages. Am meisten interessierten die Argumente, die den Verbandstag veranlaßten, die Gausterbefasse anzulösen. Denn nicht alle Kollegen konnten sich mit dem Aufschlagsbeisatz abfinden. Die Kaffe, die trotz der niedrigen Beiträge so gegensätzlich gewirkt hatte, war ja eine freiwillige. Doch aus Verbandsdisziplin müssen wir uns schweren Herzens fügen. Der Redner streifte sodann noch die Arbeitslosenfrage und ermahnte die Kollegen, alle nicht unbedingt notwendigen Überstunden zu vermeiden. In der

Aussprache machte sich eine Reihe von Kollegen in erregten Worten Luft über die Punkte, die der Verbandstag nicht ihren Wünschen entsprechend erledigt hat. Die Schlußworte des Kollegen Reinte gipfelten darin, fest und treu zum Verbands zu halten und mitzuhelfen weiterzubauen an dem großen Werk. Die übrige Tagesordnung erledigte sich schnell. Der Vorstand wurde einstimmig wiedergewählt. Jahrgeld und Übernachtungslosten wurden von der Bezirkskasse übernommen. Den anwesenden neun Arbeitslosen und zwei Durchreisenden wurden aus der Bezirkskasse je 5 M. bewilligt. Nachdem in der freien Aussprache noch verschiedene Wünsche und Anfragen erledigt worden waren, konnte Kollege Heise die für alle Kollegen anregende und aufklärende Versammlung schließen.

**Marionwerder.** Unsere erste Versammlung im Winterhalbjahr, die am 12. Oktober abgehalten wurde, hatte sich eines zahlreichen Besuches zu erfreuen. Unter „Reinensachrichtigen“ wurde zunächst auf die kommenden Kommunalwahlen hingewiesen und diejenigen Kollegen namhaft gemacht, die als Kandidaten auf den Listen zur Stadterordneten- und Kreistagswahl stehen. Nach einem zeitgemäßen Referat: „Sparte oder Fortbildung?“, wurde, um eine Zerspaltung der Kollegenchaft zu vermeiden, beschlossen, von der Bildung einer Handseherpartei abzuzehen. Dafür sollen die Bestrebungen des Bildungsverbandes durch regere Mitarbeit in der Typographischen Vereinigung wirksam gefördert werden. In einem weiteren Referat über „Sozialversicherung“ wurde die Reform der Arbeitslosenversicherung und das Krankenversicherungswesen, die beide ein dauerndes Angriffsobjekt unserer wirtschaftlichen Gegner sind, einer eingehenden Betrachtung unterzogen. Mit Rücksicht auf die im nächsten Jahre stattfindende 25jährige Gründungsfeier unseres Ortsvereins soll im Winterhalbjahr von einer größeren Festlichkeit abgesehen werden. Es wurde nur eine kollegiale Weihnachtsfeier im kleinen Kreise beschlossen.

**Neustadt a. d. Haardt. (Handseher.)** Nachdem der 14. Verbandstag in Frankfurt a. M. die Handseherpartei nun offiziell anerkannt hat, wurde auch im Gau Mittelrhein unter den Handsehern der Wunsch geäußert, sich in Sparten zusammenzuschließen. Auf Grund dieser Sachlage hatte sich der neugewählte Vorsitzende der Zentralkommission der Handseher, Kollege Otto Fiedler (Berlin) bereit erklärt, in sämtlichen Bezirken unseres Gaues Vorträge zu halten, um den Handsehern die Möglichkeit zu bieten, Zweck und Ziel der Handseherpartei kennenzulernen. In einer nach Neustadt einberufenen allgemeinen Handseherversammlung konnte Kollege Reinte 22 Kollegen begrüßen. Auch von Dierheim war ein Vertreter der Handseher erschienen. Die Kollegen Graf und Biffinger von der Maschinenseherpartei wohnten ebenfalls der Versammlung bei und gaben ihrer Freude Ausdruck, daß sich endlich auch die Handseher durchgerungen haben, sich in einer Sparte zusammenzuschließen, und wünschten der neuen Sparte besten Erfolg. Kollege Fiedler hielt sodann einen interessanten Vortrag: „Warum entstand die Handseherpartei?“ Nach einleitenden Worten über die Beschlüsse des letzten Verbandstages behandelte der Redner die Bestrebungen und Erfolge der Spartenbewegung und die Entwicklung der Technik im Buchdruckgewerbe in den letzten Jahrzehnten. Während die andern Sparten sich diese Entwicklung zunutze machen konnten, sind die Handseher dazu in Ermangelung einer Sparte nicht imstande gewesen, so daß diese nun trachten müssen, das bisher verärmelte nachzuholen, und zwar dadurch, daß sie durch vollständigen Zusammenschluß in den Handsehervereinigungen sich die Kräfte schaffen, die ihnen zur Verbesserung ihrer Lage helfen. Dies müsse aber immer im Hinblick auf die Gesamtorganisation geschehen. Lebhafter Beifall dankte dem Referenten. Von der anschließenden Diskussion wurde ausgiebiger Gebrauch gemacht. Es wurde sodann eine viergliedrige Kommission gewählt, die die Vorbereitungen zu einer demnächst stattfindenden Gründungsversammlung der Handsehervereinigung des Bezirkes Neustadt treffen soll.

täuschen und alle Hoffnungen, die wir an dasselbe knüpfen, in einem Schlag vernichten. Das ist also ein ebenso weites als nihilistisches Feld unserer Tätigkeit, und zwar um so mehr, als die mündlichen Relationen meist praktisch, von den Eingeborenen eines gewissen Landstriches meist übertrieben lobend, von flichtig Durchreisenden meist übermäßig tabelnd ausfallen. Die Einrichtungen bestimmter Länder hinsichtlich der wandernden Volksklasse, die Anforderungen, welche man hinsichtlich der Papiere, Steuern, Leistungen an dieselbe macht; die Rechte, welche man gewährt, die Schwierigkeiten, die man einer dauernden Niederlassung, der Etablierung eines eignen Geschäftes oder einer Verheiratung usw. entgegenstellt, bieten ein fruchtbares Feld zu Mitteilungen, die jedem Standesgenossen nützlich sind.

Wie in allen Kreisen des Lebens und des Staates, so finden sich auch in unserm Geschäft eingetriebene Gewohnheiten, veraltete Einrichtungen und sie und da noch drückende Gebräuche, die gerade auf unsern Standesgenossen lasten, ihnen das Leben erschweren und den katzen Lohn verkümmern. Wer kann und wer soll dieselben bekämpfen und ihre Entfernung auf geschicktem Wege betreiben? — Den Gewerkschaften und Gesellen erkennt man in den meisten Staaten nicht für stimmfähig an und seine Anträge und Beschwerden verfallen deshalb unberücksichtigt. Da dieselben solche Einrichtungen bestehen trotz ihrer Härte und Unerschicklichkeit. Der ledige Gedanke mag sich die Frage nicht aufhaken; gefällt es ihm nicht mehr, so schnürt er sein Blindel und geht; der Berühmteste darf und kann oft nicht dagegen auftreten, weil er hier und da den Eigennutz, das Privilegium anerkennen muß und sich der Gefahr aussetzt, sich in ma-

teriellen Verlust, wenn nicht gar um Arbeit und Brot zu bringen. Die Gesamtheit aber bleibt und ihr Organ ist jedenfalls stimmfähig; ja, seine Stimme ist gewichtiger als alle andre, und Missstände, welche dem gesetzlichen Angriff lange Zeit getrotzt haben, sind gefallen vor einem ernstlichen Angriff der öffentlichen Meinung.

Kommt noch dazu, daß eine Bergesellschaftung, wie sie in einem gesellschaftlichen Organ uns geboten wird, unendlich lehrreich und nützlich für die Gesamtheit sein kann, wie sie keine Vorteile in der Handhabung des Geschäftes, die jetzt nur dem einzelnen zugute kommen, zum Gemeinut der Herrschaft machen kann wie sie mannigfach anregend, ermuntern, erheben, belehren und bestärken kann, so ist wohl die Aufforderung gerechtfertigt, daß sich alle aufs innigste bei diesem Organ beteiligen wollen.

Laßt uns, geehrte Geschäftsgenossen, unsere Ansichten austauschen; verkümmert nicht alles, was ihr auf dem Herzen habt, auszusprechen und zur Kenntnis eurer Brüder zu bringen. Ob wir auch nicht gewandt sind in der schriftstellerischen Form — was schadet es —, wir schreiben ja nicht für die große Welt, sondern für unsern Augen, für unsere Sache. Die Presse, welche wir zu handhaben berufen ist, ist eine Macht geworden, der keine auf Erden gleicht; denen wir dieselbe nicht, denen sie zunächst zugänglich ist, so legt an uns allein die Schuld, wenn wir ihrer Vorteile und Segnungen nicht teilhaftig werden. Wer aber Verus in sich trägt und schweigt, der begeht eine Sünde am heiligen Geiste der Zeit und an der ganzen Genossenschaft.

So Robert Blum in Nr. 2 der „Typographia“ vom 16. Januar 1847. — Wenn wir nun auch keiner besonderen

Aufforderung mehr bedürfen, da unser „Gutenberg“ gegenwärtig das ist, was Blum in eben mitgeteiltem Aufsatz vor beinahe drei Jahren aussprach, so ist doch manches darin enthalten, was immerhin zum zweiten Male zu uns gesagt werden kann, zumal jetzt, wo die Bergesellschaftung zu dem großen Gutenbergbunde im Gange ist.

Endlich will ich noch erwähnen, daß Robert Blum die wenigen Leipziger Kollegen, welche fest zusammen hielten, aufforderte, für die Gesamtheit der Leipziger Kollegen eine Bibliothek zu gründen, damit wenigstens auf diesem Wege, dem unter den damaligen politischen Verhältnissen einzigen erlaubten, ein, wenn einstweilen auch nur oberflächlicher Zusammenhalt, geschaffen werde, und versprach, von allen in seiner kürz vorher begründeten Buchhandlung erscheinenden Schriften ein Exemplar hinzuzuschicken, außerdem aber sich für dieses Unternehmen bei seinen befreundeten Kollegen zu verwenden — und er tat auch beides. Die Bibliothek wurde begründet und zählte im März 1848 bereits 200 Bände.

In der Überzeugung, daß zu den Verehrern Robert Blums eine bedeutende Anzahl meiner Kollegen in ganz Deutschland gehört, glaube ich mit ihnen auf keine bessere Weise eine geliebte Gedächtnisfeier um den Dahingewordenen, mit dem ich seit dem Jahre 1844 in einem engen Freundschaftsbündnis zu stehen die Ehre hatte, zu begehen, als daß ich diese einfachen Tatsachen mitteile. Ich glaube, es war meine Pflicht! Damit ihr, Kollegen, erfahrt, daß dieser Mann auch uns nahe gestanden, uns, die wir uns in dem Wenden an diesen großen Mann die Hände reichen wollen zu immer festem Zusammenhalten, auf daß wir stark sind in dem Kampfe — für Wahrheit und Recht. Oskar Strobel.



